Antrag 323/II/2022
AG Migration und Vielfalt LDK
Der Landesparteitag möge beschließen:

Berlin Vermietet Fair, „Mit gutem Beispiel vorangehen“

Wir fordern die SPD Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass alle sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften das Leitbild “Fair mieten- fair wohnen” unterzeichnen und in ihrem Unternehmen eine Stelle für eine:n Antidiskriminierungsbeauftragte:n einzurichten. Darüber hinaus sollen die Landeseigenen Konzepte entwickeln, wie diskriminierendem Verhalten in der Nachbarschaft begegnet werden kann. Nachbarschaftskonflikte beruhen nicht selten auf diskriminierendem Verhalten. Hier müssen auch Hausordnungen kritisch evaluiert werden, damit Betroffene von diskriminierendem Verhalten gestärkt werden.

Begründung
Mit der Stelle des Antidiskriminierungsbeauftragten erhalten Betroffene eine:n festen Ansprechpartner:in. Bisher verfügt nur eine Landeseigene (degewo) über die Stelle eine:s Antidiskriminierungsbeauftragte:n.

Das Leitbild “Fair mieten-fair wohnen” richtet sich an Vermieter:innen für eine diskriminierungsfreie Wohnungsbewerbung, -vergabe, -vermietung und -verwaltung. Es wurde von der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Wohnungswirtschaft entwickelt. Die Unterzeichnung des Leitbilds ist nicht nur ein Bekenntnis, sondern beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit diskriminierungsfreien Praktiken rund um die Vermietung von Wohnraum. Die Unterzeichnung durch die Landeseigenen, die über fast 350.000 Wohnungen in der Stadt verfügen, würde nicht nur eine Auseinandersetzung im Hinblick auf diskriminierende, interne Strukturen bedeuten, sondern auch ein deutliches Zeichen für die privaten Vermieter:innen sein, sich dem Leitbild anzuschließen. Dadurch könnte vielen Berliner:innen, die von Diskriminierung im Rahmen der Vermietung oder in ihrer Hausgemeinschaft betroffen sind, Unterstützung erhalten. Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, LSBTI*-Personen, Alleinerziehende, straffällig gewordene Menschen und andere Gruppen erfahren, sowohl auf struktureller als auch auf individueller Ebene, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Sowohl bei der Suche nach Wohnraum als auch im nachbarschaftlichen Umfeld erschwert Diskriminierung vielen Menschen das Leben. Die “Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt” beobachtet, unter anderem aufgrund des stark angespannten Wohnungsmarktes in

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern die SPD Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass alle sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften das Leitbild “Fair mieten- fair wohnen” unterzeichnen und in ihrem Unternehmen eine Stelle für eine:n Antidiskriminierungsbeauftragte:n einzurichten.
Alle landeseigenen Unternehmen sind aufgefordert Umsetzungskonzepte zu entwickeln, wie diskriminierendem Verhalten in der Nachbarschaft begegnet werden kann.

der Stadt, eine Zunahme der Fälle in den vergangenen Jahren. Auch eine steigende Dunkelziffer ist zu vermuten.

Eine Grundlage zum Schutz gegen Diskriminierung im Wohnungsmarkt ist durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bei Vermietung als Massengeschäft bereits gegeben. Auch kann rassistische Belästigung durch Nachbarn nach dem StGB geahndet werden.

Die Hürden zur Anwendung dieser gesetzlichen Regelungen sind allerdings für Betroffene vergleichsweise hoch. Um Betroffenen effektiver zu ihren Rechten zu verhelfen, fordern wir eine Stärkung niedrigschwelliger Möglichkeiten zur Abhilfe gegen Diskriminierung innerhalb der Strukturen im Wohnungsmarkt. Von Diskriminierung betroffene Menschen sollten klar zuständige Ansprechstellen haben bei Vermietern haben, insbesondere öffentliche Wohnbaugesellschaften sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb fordern wir Antidiskriminierungsbeauftragte, beziehungsweise Antidiskriminierungsstellen bei allen öffentlichen Wohnbaugesellschaften Berlins genauso wie die Unterzeichnung des Leitbildes durch die Landeseigenen.